

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 10

Artikel: PLO und PKP : eine zusätzliche palästinensische Filiale für Moskau
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

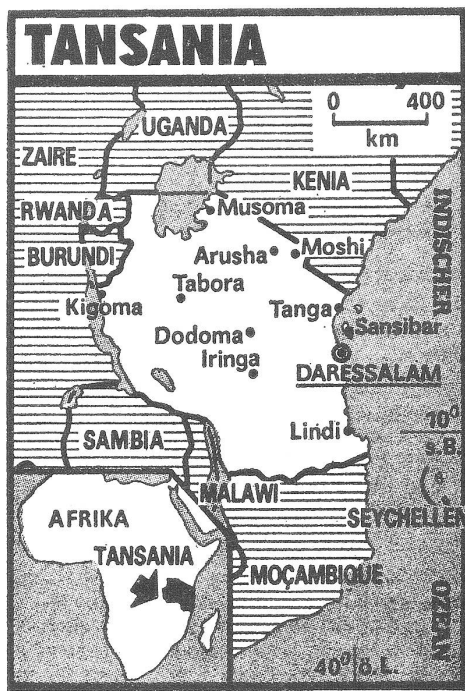
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



und nehmen sie bloss zum Anlass, die gegenwärtigen Zustände der Weltwirtschaft anzuprangern. Schlimm daran ist nun freilich, dass weder die Neuordner der Arusha-Konferenz noch ihre schweizerischen Anhänger den tatsächlichen Inhalt der gegenwärtigen Währungsnot verstanden haben. Die simplifizierend marxialischen Beschimpfungen des Internationalen Währungsfonds oder die routinemässigen Anklagen gegen die Reproduktion kolonialer Verhältnisse, die alten Machtzentren oder die Begünstigung von konservativen Elementen der Gesellschaft vermögen nicht anderes zu bewirken, als vom tatsächlichen Problem abzulenken. Was bei einigen misereverursachenden Arusha-Initianten ja wohl auch ein Zweck der Uebung ist.

Tatsächlich gibt es ein permanentes Ungleichgewicht auf den Finanz- und Währungsmärkten, ein Symptom des allgemeinen wirtschaftlichen Ungleichgewichtes. Nur ist diesem nicht mit der Sündenbocktheorie abzuwehren, die schon in der Zweiten Welt so tüchtig Schiffbruch erlitten hat.

Hauptsache, man weiss, wer schuld zu sein hat: die westlichen Geldgeber

So ein Sündenbocktheoretiker ist Markus Mugglin, wenn er zu ergründen sucht, warum die «Weltfinanzen aus den Fugen geraten» sind.

Da legt er viele Zahlen vor, um die ohnehin bekannte und von niemandem bestrittene Verschuldung der Dritten Welt (von 75,1 Milliarden Dollar für 1970 auf 348,5 Milliarden Dollar für 1978 gestiegen) zu beweisen. Und hält es «somit» für erwiesen, dass die Kreditpolitik der westlichen Industriestaaten (respektive deren Finanzgewaltige) schuld an den Schulden und damit verbrecherisch ist. Die bösen Banken sollen gefälligst daran schuld sein, dass in der Dritten Welt nach den Milliardenkrediten kein Wohlstand entstanden ist, sondern Hungersnot und Elend, mindestens aber zusätzliche Belastung.

Stimmt diese Logik?

Was die Logik insgesamt erheischt, wäre doch wohl, dass man die zweiseitige Angelegenheit von Kreditverleihung und Kreditaufnahme auch beidseitig untersucht.

Ein Ansatzpunkt zu einer gesamthaften Betrachtung der Finanzpolitik wäre übrigens das Phänomen, dass die Rückzahlungsnot bei Westkrediten keineswegs nur auf die Dritte Welt zutreffen, sondern ebenso auf die Zweite Welt der sozialistischen Länder. Auch dort kommen die hereingepumpten Gelder nicht der Bevölkerung zugute. Verdient eine solche Entsprechung kein Nachdenken? Unsere Autoren ersparen es sich lieber.

Zum Beispiel Tansania

Die Thematik des Umgangs mit Krediten in den Aufnahmeländern wird insgesamt verpasst. Dabei geht es zur Hauptsache um folgende Motive:

- Misswirtschaft der Staatsverwaltung, was man mit Aufnahme von Auslandskrediten zu vertuschen sucht.
- Finanzierung der laufenden Ausgaben durch Kredite.
- Politische Geltungssucht, mit der grosse Wirtschaftsressourcen der Dritten Welt verschlungen werden.

Für all dies drängt sich im Rahmen der gegebenen Diskussion ein Beispiel auf: Tansania, das Land, dessen Führung die Arusha-Initiative organisiert hat. Es steckt in einer Krise: Wirtschaftszusammenbruch, Hunger, Wiederaufkommen von Seuchen. Aber gleichzeitig leistet es sich hohe Militärausgaben für den Krieg in

Uganda, für militärische Präsenz in Moçambique usw.

Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, brauchen die Machthaber ein Feindbild. Dazu bieten sich die «kapitalistischen» Länder an, obwohl diese tatsächlich Tansania mit politischem Wohlwollen und umfangreichen Hilfsgeldern unterstützt haben.

Doch solchen Fragen stellt sich Markus Mugglin nicht. Sonst wäre der Diktator Nyerere um einen Lobbyisten ärmer, und Mugglin selber um eine politisch-ideologische Illusion.

Statt dessen verdonnert Mugglin die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Eigentlich sollte es für die schweizerische Wirtschaft sprechen, dass sie trotz der schwierigen Weltwirtschaftslage einen Ertragsüberschuss erzielt, der in einem rohstofflosen Land erst noch erarbeitet werden muss. Die schweizerischen «Systemkritiker» (oder unkritischen Systemfeinde) stellen das freilich anders dar. Für sie stehen die Tätigkeiten der internationalen Kredit- und Entwicklungsbanken, die Kreditgeschäfte und Kapitalexperte schon in voraus als Mittel der imperialistischen Ausbeutung fest.

Aber trotz aller Verdammung der bisherigen Kreditpolitik: mit der Forderung nach der neuen Währungsordnung verbindet sich die Hoffnung auf noch mehr Finanzmittel, auf noch reichlichere Kredite. Fragt sich nur noch, woher sie kommen sollen, wenn das böse System verschwindet, das sie ermöglicht.

Bei alledem: Entwicklungshilfe und Ressourcetransfer sind Probleme, aber nicht erstrangige. Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer müssen hauptsächlich durch deren eigene Regierungen gelöst werden. Weder der Internationale Währungsfonds noch schweizerische Neuordner können irgendwelche Wunder herbeiführen. ■

Eine zusätzliche palästinensische Filiale für Moskau

PLO und PKP

Die Sowjets unterstützten die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) politisch und materiell. Sie treten öffentlich für deren Kriegführung ein, sie geben ihr Waffen, und sie bilden PLO-Offiziere in der UdSSR aus. Und jetzt gibt es noch zusätzlich eine Palästinensische Kommunistische Partei (PKP) auf Moskauer Kurs. Die Sache ist mit dem sowjetfreundlichen PLO-Chef Arafat abgesprochen worden, und so ist an der Koordination nicht zu zweifeln, auch wenn die organisatorische Zugehörigkeit der PKP zur PLO noch nicht feststeht.

Die überraschende Gründung einer neuen Palästinensischen Kommunistischen Partei (PKP) Anfang des Jahres geht zurück auf ein Geheimtreffen arabischer kommunistischer Parteien, wie erst jetzt aus osteuropäischen Quellen zu erfahren ist.

Die neue PKP wurde offiziell am 10. Februar

vorge stellt. Offenbar sind dieser Gründung intensive Debatten und namentlich ein geheimgehaltenes Treffen arabischer Kommunisten mit osteuropäischen Funktionären Ende Oktober 1981 in Prag vorangegangen. Bei diesem Anlass sollen die sowjetischen Vertreter ihren Friedensplan für den Nahen Osten vorgelegt haben. Seit

einiger Zeit hat sich die UdSSR mit der Frage befasst, wie sie ihren Einfluss in der Region wieder stärken könnte. Die Gründung dieser PKP stärkt nun die ohnehin dominante sowjetische Position innerhalb der palästinensischen Bewegung.

Ebenfalls im Oktober vergangenen Jahres, anlässlich des Moskauer-Besuches von PLO-Chef Jassir Arafat, fand die engere Beziehung der Sowjetunion zur Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO sichtbaren Ausdruck, indem deren Moskauer Büro der diplomatische Status zuerkannt wurde.

Im Januar 1982 traf Karen Brutenz, Stellvertretender Chef der Internationalen Abteilung im Zentralkomitee der KPdSU, in Beirut mit Arafat zusammen. Diese Begegnung kurz vor der offiziellen Mitteilung über die Gründung der Palästinensischen Kommunistischen Partei soll sich mit deren Problemen befasst haben. Brutenz ist der sowjetische Nahost-Experte und plant die Sowjetpolitik in dieser Region. Die Gründung der neuen Partei wurde im arabischen Dienst des sowjetischen Senders «Radio Frieden und Fortschritt» am 12. Februar bekanntgegeben.

Das Manifest der neuen PKP wurde am 11. Februar in ihrem Organ «Al-Watan» veröffentlicht. Natürlich befindet sich die PKP ein-

deutig auf Moskauer Kurs. «Die Partei betrachtet die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Blocks als Voraussetzung der arabischen Eigenständigkeit, um den erfolgreichen Kampf gegen Imperialismus und Zionismus führen zu können.» Ziel der PKP sei es, «für die Festigung der arabischen Beziehungen mit der Sowjetunion, ihrem grössten Alliierten, und gegen die verdächtigen Versuche zur Schwächung dieser Beziehungen» zu arbeiten.

Zur Friedenssicherung greift die PKP die Vorschläge auf, die Leonid Breschnew im Februar 1981 unterbreitet hat. Danach soll eine internationale Konferenz der Weltmächte einberufen werden, an der sowohl die PLO als auch Israel teilnehmen könnten.

Die neue PKP beabsichtigt, sich als Mitgliedorganisation der PLO anzuschliessen, jedoch ohne die Wege klar zu zeigen. Mehrere Kommunisten scheinen ohnehin schon dem Palästinensischen Nationalrat (dem palästinensischen Exilparlament, bestehend aus rund 300 Mitgliedern) anzugehören.

Bei der Gründung der neuen PKP wurde bekanntgegeben, dass man nebst dem Generalsekretär ein Politbüro und ein Zentralkomitee gewählt habe, deren Zusammensetzung vorläufig geheimgehalten werde. Inzwischen ist immerhin durchgesickert, dass Beschir Barghouti Generalsekretär ist, während dem Politbüro Arabi Anwad angehört, der zugleich als Sekretär der Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten auftritt.

Ein weiteres Politbüromitglied ist Suleiman Nadschal, der dem Palästinensischen Nationalrat angehört. In der sowjetischen Wochenzeitschrift «Neue Zeit» (15/82) wurde seine Erklärung zitiert: «Die fortschrittlichen Kräfte schliessen ihre Ränge und stärken ihre Stellung in Gewerkschaft, Jugend- und Frauenorganisationen und mobilisieren die breiten Massen für die Aktion.»

Eines der Mitglieder des Zentralkomitees ist Dhamin Andah, der am 13. Februar mitteilte, dass die neue Partei auch über eine militärische Abteilung verfügen werde, sobald sie «in einigen Monaten» ihren ersten Kongress abhalte.

Die Nachricht von der PKP-Gründung wurde selbst innerhalb der PLO mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die marxistische «Volksfront für die Befreiung von Palästina» (PFLP) sandte zwar ein Glückwunschtelegramm. Aber ihre Wochenzeitung «Al Hadaf» hielt mit Kritik nicht zurück. Sie bemängelte insbesondere, dass das PKP-Manifest: 1. die bisherigen Erfolge der palästinensischen Revolution übergeht; 2. die Arbeit der Linkskräfte verschweigt, die den «demokratischen Gehalt der palästinensischen Revolution» vertieft habe; 3. keine Methoden und Mittel anführe, mit denen die PKP ihre Ziele zu erreichen gedenke.

Bereits 1970 war der Versuch unternommen worden, eine palästinensische Kommunistische Partei zu gründen. Sie nannte sich «Al Ansar» und folgte der sowjetischen Linie. Sie wurde von der PLO nicht aufgenommen und erhielt keine Vertretung im Palästinensischen Nationalrat, wo ihr Führer, Faik Warrad, lediglich in privater Eigenschaft Einsitz nehmen konnte. «Al Ansar» löste sich bereits 1972 auf, und Moskau konzentrierte in der Folge seine Unterstützung auf die PLO.

Peter Sager

(Fortsetzung von Seite 3)

lauter «Quatsch». Jedenfalls in den Augen der wohlbestallten Inhaber von Direktorensesseln.

Eine Mitarbeiterin des Werks schlägt sich als positives Vorbild ebenfalls auf die Seite des ASUP:

«Nennt es, wie ihr wollt! Ich erkläre eurer Verantwortungslosigkeit, eurer Gleichgültigkeit, eurer Vogel-Strauss-Politik gegenüber den aktuellen Problemen der Fabrik den Krieg!»

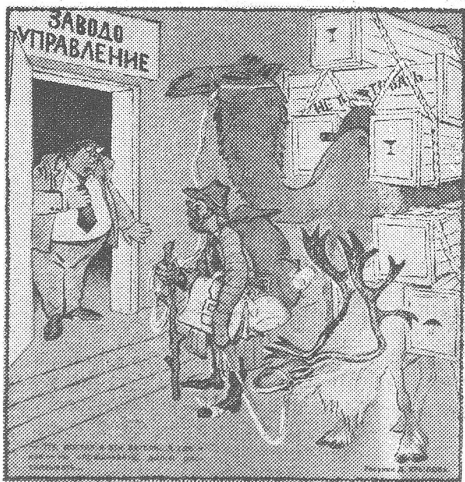
Die angesprochenen Führungskader nehmen das weder ernst noch gar tragisch. Lara sei sicher

Hoffnung des Soziologen: Es wird sich alles ändern. Aber warum sollte es? Wenn doch die Veränderungen von den Profiteuren der Unveränderlichkeiten abhängen.

die Mätresse des Direktors, sonst könnte sie sich derartige Ausfälle nicht leisten, folgern sie. In Tat und Wahrheit aber, sagt Radow, «konnten sie nicht umhin, sich vom ASUP bedroht zu fühlen: Viele von ihnen waren längst in der Entwicklung stehengeblieben, hatten überhaupt keine Bildung, die ihnen geholfen hätte, in den komplexen Fragen der automatisierten Führung den Durchblick zu erlangen».

Radows Beitrag schliesst damit, dass nach erstem Seilziehen in der Sosnowsker Maschinenfabrik dem Neuen, dem ASUP, der Sieg gehört. Auf also zu sachlicher Analyse und ehrlichem, rationellem Arbeiten!

Hier allerdings kann der Bericht auch nicht mehr tun als ein sozialistischer Roman: Er appelliert an den guten Willen, an die Anständigkeit der Menschen, die das automatisierte System in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich bejahen und anwenden müssten. Und dies, nachdem schon im Kindergarten und in der Schule die Routine der Planerfüllung mittels Fassadenbau eingeübt wird und jeder im kleinen lernt, dass Ehrlichkeit in der herrschenden verlogenen Ordnung der kommunistischen Monopartei nachteilig ist. Radow geht weit; aber so weit denn doch nicht. ■



Vor der Direktion: «Also, ich habe diese Maschinenteile beschafft. Fragen Sie bloss nicht, wo und wie.»

In Kürze

Dem sowjetischen Sicherheitsdienst KGB gelang es im Februar, in der kirgisischen Stadt Tokmak eine weitere Filiale des baptistischen Untergrund-Verlags «Christianin» aufzuheben. Man verhaftete einen gewissen Iwan Kinass und beschlagnahmte 600 Bibeln. «Christianin» ist in mehreren Regionen der UdSSR tätig und gibt religiöse Literatur in verschiedenen Sprachen heraus.

*

In Jugoslawien hat die Bundesregierung dem Parlament ein neues Gesetz vorgelegt: «Gesetz zum Gebrauch und Schutz von Titos Namen und Antlitz.»

*

In kommunistisch geführten Ländern ist das Hervorholen von kommunistischen Parteitexten ganz besonders gefährlich, wenn es zu Unzeiten geschieht. In der Sowjetunion sind gegenwärtig zwei Männer eingesperrt, weil sie das sowjetische Parteiprogramm beim Ablauf seiner Geltungspflicht ihren Mitbürgern vorgelegt hatten.

In seinem Bulletin mit Nachrichten aus der UdSSR schreibt Cronid Lubarsky:

Im Sommer 1981 wurden in Pinerowka (Gebiet Saratow, Bezirk Balaschow) Iwan Iwanowitsch Chachulin (geb. 12. 12. 1930) und Iwan Wladimirowitsch Prowotorow (geb. 1930) verurteilt. 1961 hatten sie den Text des KPdSU-Programms in einem hermetischen Behälter in der Erde vergraben. Nun gruben sie ihn 1981 aus, lasen und kommentierten ihn öffentlich auf der Strasse, wobei sie die Versprechungen mit der Wirklichkeit verglichen. Drei Tage später wurden sie verhaftet. Beide wurden zu dreieinhalb Jahren Lager strengen Regimes verurteilt. ■